

Dezernent Schmitz verwies zunächst auf die Vorlage und das Projektkonzept (**Anlage 1**), das den Anwesenden vorlag. Der Vordruck für die Bewerbung werde der Niederschrift beigelegt (**Anlage 2**). Das Kommunale Integrationszentrum finanziere viele Organisationen und Projekte. Mit dem Integrationspreis sollten daher nur Projekte ausgezeichnet und unterstützt werden, die nicht bereits durch den Kreis finanziert würden. Es gebe drei Projektkategorien, die allerdings noch klarer dargestellt werden müssten. Grundsätzlich handele es sich aber bei den partizipativen Projekten zum Beispiel um Jugend- oder Schulprojekte, bei denen der Fokus auf der Teilhabe untereinander liege. Die präventiven Projekte sollten Diversität fördern. Hierrunter fielen zum Beispiel Projekte im Bereich der Religion oder der Demokratieförderung und Projekte gegen Radikalisierung. Die dritte Kategorie seien die dialogfördernden Projekte. Hierbei gehe es um den Austausch von Gruppen (z.B. Migrantengruppen) untereinander, wodurch ein interkulturelles Zusammenwachsen gefördert werden könne. Es sei ein Auswertungsbogen erstellt worden, der ebenfalls mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt werde (**Anlage 3**). Der Auswertungsbogen solle für die Jury innerhalb von zwei bis drei Stunden auswertbar sein. Dezernent Schmitz betonte, dass die Verwaltung eine Beteiligung der Fraktionen an der Jury begrüßen würde. Des Weiteren solle eine Person aus dem öffentlichen Leben aus dem Kreisgebiet der Jury angehören, die sich zum Beispiel besonders in der Integrationsarbeit verdient gemacht habe oder von sich aus sehr markant sei. Er hoffe mit dem Integrationspreis Gruppen zu erreichen, die ansonsten nicht so präsent seien. Er hob hervor, dass der Preis mit 1.000 € dotiert sei.

SkB Dr. von Schlesinger äußerte Bedenken, dass bei der Bewertung einfach willkürlich über die Vergabe des Preises entschieden werden könnte und bat die Verwaltung, nachzubessern und in der nächsten Sitzung einen neuen Vorschlag vorzulegen. Die Vorsitzende wies darauf hin, dass es sich hier nur um eine Kenntnisnahme und nicht um eine Abstimmung handele und aus dem Bewertungsbogen hervorgehe, dass die Beurteilung nicht willkürlich erfolgen werde. Dezernent Schmitz stellte zudem klar, dass es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele und es keine weitere Beratung im Ausschuss geplant sei. Sobald der Termin für eine Entscheidung über die Vergabe feststehe, werde die Verwaltung wegen einer Beteiligung an der Jury auf die Fraktionen zukommen. Er betonte, dass es bei der Vergabe des Preises darum gehe Vereine, die eine gute Arbeit machten und bislang keine Förderung durch den Rhein-Sieg-Kreis erhielten, zu ermutigen, ihre Arbeit fortzusetzen. Die Vergabe solle nicht verkompliziert werden. Zur Verdeutlichung nannte er als Beispiel ein Kriterium für die Vergabe: „Das Projekt fördert eine gegenseitige Anerkennung, Akzeptanz und Verständigung im Rhein-Sieg-Kreis“. Er wies darauf hin, dass ein solches Kriterium nicht mit Punkten und Nachkommastellen bewertet werden könne.

SkB Dr. von Schlesinger betonte nochmal, dass er es für intransparent halte. Zudem sei es unparlamentarisch, wenn sich die Verwaltung anmaße, solche gegebenenfalls politisch umstrittenen Preise zu vergeben.

Abg. Deussen-Dopstadt unterstützte den Vorschlag der Verwaltung, renommierte Journalisten oder Journalistinnen in die Jury aufzunehmen. Der Preis müsse eine gewisse Akzeptanz erreichen und etwas Herausragendes werden. Es müsse alles dafür getan werden, dass es ein renommierter und kein beliebiger Preis werde. SkE Ehmann bat noch darum, eine Person aus der Zivilgesellschaft in die Jury aufzunehmen.